



Rechter Kurs

In Indien wird das Parlament neu gewählt. Die Opposition hofft, Ministerpräsident Modi und dessen hindu-nationalistische Partei ablösen zu können. Was macht diese so gefährlich und zugleich erfolgreich? Von Aditi Dixit und Silva Lieberherr

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DO./FR., 18./19. APRIL 2019, NR. 92 · 1,70 EURO (DE), 1,90 EURO (AT), 2,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Von uns

3 Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel ein Jahr im Amt. Er hat sich als Gewinn für das Land erwiesen

Vor Parade

6 Syrischer Unabhängigkeitstag: Konsultationen mit Iran, um Treibstoffversorgung zu verbessern

Vor Übergang

7 Kommunisten, Islamisten und die Jugendbewegung: Opposition Sudans will Verständigung

Vorbild

16 »Ich war schon immer ein Rebell«: Die lesenswerte Autobiographie des »linken Lienen«

Heiße Spur zum LKA

Berliner Polizist soll dienstlich Kontakte zu rechten Brandstiftern unterhalten haben. Braune Schattenarmee organisiert sich bundesweit. **Von Sebastian Carlens**



Katastrophe knapp verhindert: Bei einem Anschlag auf das Auto des Linken-Politikers Kocak am 1. Februar 2018 drohte der Brand auf eine Gasleitung überzugreifen

Seit 2016 brennen in Berlin Autos von Linken. Eine Gruppe um den vorbestraften Berliner Neonazi T. soll dahinterstecken; das Ziel ist die Einschüchterung von Gewerkschaftern und Antifaschisten. Beim Abfackeln der Pkw bleibt es nicht, der Linken-Politiker Ferat Kocak wurde beispielsweise über ein Jahr lang verfolgt und ausspioniert. Als sein Wagen im Februar 2018 ausbrannte, konnte Kocak nur knapp eine Katastrophe verhindern. Die Hauptverdächtigen des Anschlags: T. und ein Kumpan aus Hooligankreisen.

Ausgerechnet dieser Neonazi ist bei Observierungen in ungewöhnlicher Gesellschaft aufgefallen: In einer Neuköllner Kneipe saß er im März vergangenen Jahres nicht nur mit weiteren Rechten, sondern auch mit dem Polizisten des Landeskriminalamtes (LKA) zusammen, der ihn eigentlich hätte überwachen sollten; aufgefallen ist dies laut

tageschau.de vom Mittwoch einer weiteren, ungenannten »Sicherheitsbehörde«.

Nur ein obskurer Fall von vielen. Im Dezember 2017 erhielten eine Bibliothek und ein besetztes Haus in Berlin Drohbriefe mit persönlichen Informationen der Adressaten. Ein Polizeikommissar ist geständig; seine Lebensgefährtin, eine LKA-Beamtin, die im Polizeinetz Personenabfragen nach den Betroffenen getätigt hatte, wurde lediglich als »Zeugin« geführt. Oder, ein Jahr früher: Der Dresdner Pegida-Boss Lutz Bachmann hatte als erster die Herkunft des Breitscheidplatz-Attentäters Anis Amri öffentlich gemacht. Diese »interne Info« wollte der vielfach vorbestrafte Kriminelle Bachmann aus der »Berliner Polizeiführung« zugespielt bekommen haben.

Die unheimliche Nähe zwischen Rechten und denjenigen, die sie eigentlich bekämpfen sollen, hat Methode.

Dass es sich dabei keineswegs um eine Posse aus dem Behördenchungel handelt, macht der Ausgang der Geschichte um den LKA-Mann klar. Die Berliner Staatsanwaltschaft »prüfte« den Fall, schließlich wurden die Ermittlungen eingestellt. Mit der merkwürdigen Begründung, das Verfahren habe »im Zusammenhang mit einem weiteren Ermittlungsverfahren« gestanden, »bei dem eine Auskunftserteilung einer Ermittlungsgefährdung entgegensteht«. Übersetzt: Das Treffen mit dem brandschatzenden Neonazi war Teil des Auftrags des LKA-Mannes.

Zusammengenommen mit rechten Polizeinetzwerken in Frankfurt am Main, die Drohbriefe mit der Unterschrift »NSU 2.0« verfasst haben sollen, und dem Verein »Uniter«, der Angehörige von Sicherheitsorganen organisiert, enthüllt sich eine deutschlandweite Parallelstruktur, eine rechte Schattenarmee. Der »Uniter«-Chef

Andre S. alias »Hannibal«, der dem KSK angehörte und als Geheimdienstinformant tätig war, hielt Kontakt zu Franco Albrecht, einem Bundeswehroffizier, der Anschläge auf die Spitzen der Bundespolitik geplant haben soll. In den von S. administrierten Chatgruppen wurden Attentate auf die Bundestagsfraktionsführung der Partei Die Linke ausbalanciert. Ausgerechnet »Uniter« sucht nun eine öffentliche Machtdemonstration: Für Karfreitag »zwischen 11 und 14 Uhr« kündigt der Verein einen »Marsch« durch Düsseldorf an einem »geheimen Ort« an.

Der Tageszeitung *junge Welt* wirft »Uniter« wegen ihrer Berichterstattung »üble Nachrede« vor, eine Klage wurde angedroht. Dieser Einschüchterungsversuch wird verpuffen. Die verschwörerischen Strukturen gehören aus dem staatlichen Zwielficht gezerrt und restlos in die Öffentlichkeit gebracht.

■ Siehe Seite 8

USA wollen alle in Kuba aktiven Firmen anklagen

Washington. Die USA lassen Klagen vor ihren Gerichten gegen ausländische Unternehmen zu, die in Kuba tätig sind. Außenminister Michael Pompeo kündigte am Mittwoch an, das entsprechende Gesetz solle ab dem 2. Mai angewendet werden. Das dritte Kapitel des sogenannten Helms-Burton-Gesetzes sieht vor, das künftig Prozesse über in Kuba nach der Revolution von 1959 enteigneten Besitz vor US-Gerichten erlaubt sind.

Die EU-Kommission hatte im Vorfeld gewarnt, sie werde »alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen müssen«, um ihre Interessen zu wahren. Die USA hätten sich bereits 1998 verpflichtet, über Ausnahmegenehmigungen sicherzustellen, dass Unternehmen aus der EU nicht mit amerikanischen Forderungen konfrontiert würden. (AFP/dpa/jw)

■ Siehe auch Seite 3

Altmaier will Firmen geringer besteuern



Berlin. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr auf nur noch 0,5 Prozent gesenkt. Angesichts der schwachen Konjunktur sprach Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU, Foto) von einem »Weckruf« und forderte, Unternehmen steuerlich zu entlasten. Die Politik müsse darüber nachdenken, wie sie Wachstum anregen könne, sagte Altmaier am Mittwoch in Berlin. Dies könne nur durch strukturelle Entlastungen bei Steuern, Abgaben und Bürokratie geschehen. Dafür gebe es im Bundeshaushalt Spielraum. Das Finanzministerium reagierte skeptisch. Eine Sprecherin von Minister Olaf Scholz (SPD) sagte, das Ressort sehe keine Notwendigkeit für eine generelle Unternehmenssteuerreform. Altmaier schlug außerdem vor, Projekte der Regierung, die die Wirtschaft belasteten, aufzuschieben. Es gehe darum, Unternehmen keine Steine in den Weg zu legen. (dpa/jw)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Mehr, schneller, rücksichtsloser

Entwurf für »Geordnete-Rückkehr-Gesetz« beschlossen. Zahl der Abschiebungen soll wachsen

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Weg für mehr und noch schnellere Abschiebungen freigemacht. Flüchtlingshilfsorganisationen hatten vorab von einem »Hau-ab-Gesetz« gesprochen (siehe jW vom 17.4.). Der Referentenentwurf trägt den Namen »Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht« und zeigt exemplarisch den rechtsgerichteten innenpolitischen Kurs der Bundesregierung unter Federführung von Minister Horst Seehofer (CSU).

Für Ausreisepflichtige soll es künftig schwerer werden, die eigene Abschie-

bung zu verhindern. Zudem sollen für diejenigen, die bereits in einem anderen EU-Land als Flüchtling anerkannt worden sind, die staatlichen Leistungen in der BRD gekürzt werden. In bezeichnender Weise formulierte Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU) das am Mittwoch folgendermaßen: »Deren Leistungen werden sozusagen auf die Rückfahrkarte begrenzt.« Das bedeutet, dass die Menschen weniger Geld erhalten sollen, als die Regelsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes vorsehen. Auch eine Änderung des letzteren wurde bei der Kabinettsitzung

beschlossen, wodurch die Zahlungen an bestimmte Gruppen leicht erhöht wurden.

Ein ebenfalls viel kritizierter Punkt betrifft die Möglichkeit, Ausreisepflichtige vor einer geplanten Abschiebung zu inhaftieren. Wegen fehlender Plätze in der Abschiebehaft sollen Betroffene künftig auch in regulären Strafanstalten untergebracht werden. Zudem sieht der Entwurf vor, einen neuen Status einer Duldung von »Personen mit ungeklärter Identität« einzuführen. Dadurch sollen Geflüchtete, die ihre Identität nicht wie vom Staat gewünscht nach-

weisen können, mit Arbeitsverboten oder Wohnsitzauflagen belegt werden können.

»Trotz nur moderater Zugangszahlen tut die große Koalition so, als befände sich Deutschland im Notstandsmodus«, monierte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende von Die Linke im Hessischen Landtag, nannte den Entwurf aus dem Hause Seehofer ein »AfD-Forderungen-umsetzen-Gesetz« und kritisierte die damit einhergehende Entrechtung von Geflüchteten. (dpa/AFP/jw)

jW wird herausgegeben von 2.181 Genossinnen und Genossen (Stand 5.4.2019)
www.jungewelt.de/lpg

